



Information

Potsdam, 02.04.2014

**Bericht des Oberbürgermeisters Jann Jakobs
in der Stadtverordnetenversammlung am 2. April 2014**

Es gilt das gesprochene Wort!

„Sehr geehrte Damen und Herren,

folgende Themen möchte ich Ihnen heute vorstellen:

Themen:

- Besuch in Opole
- Garnisonkirche

Besuch in Opole

Im letzten Jahr haben wir die 40jährige Städtepartnerschaft mit Opole gefeiert: Im Januar hatten wir eine Festsitzung, wo wir die Partnerschaft erneuerten. Im Mai war eine Delegation aus 42 Potsdamerinnen und Potsdamern in Opole zu Gast. Dort konnte eine neue Schulpartnerschaft geschlossen werden.

Leider war es mir im letzten Jahr nicht möglich nach Opole zu fahren. Daher war es mir wichtig, im Frühjahr dieses Jahres einen Besuch nachzuholen.

Am 17. und 18. März war ich mit Vertretern der Potsdamer Wirtschaft und mit dem Leiter der Wirtschaftsförderung in Opole.

So stand unser Besuch auch unter klar wirtschaftspolitischem Vorzeichen. Ich konnte mich darüber informieren, wie Stadtpräsident Zembaszynski in den letzten Jahren die wirtschaftliche Entwicklung seiner Stadt vorangetrieben hat.

Wir konnten ein neu entwickeltes Industriegebiet in Augenschein nehmen, das als Sonderwirtschaftszone geführt wird und tausende Arbeitsplätze geschaffen hat.

Wir trafen uns mit der Abteilung Wirtschaft und Innovation der Stadtverwaltung und besuchten das gerade eröffnete Ausstellungs- und Kongresszentrum Opoles.

Da das Klinikum Ernst von Bergmann mit dabei war, besuchten wir auch die staatliche Hochschule für Medizin, um eine mögliche Kooperation bei der Ausbildung von Pflegekräften und Medizintechnikern zu erörtern.

Erneut wurden wir sehr herzlich in Opole empfangen. Ich würde mich freuen, wenn Herr Zembaszynski in diesem Jahr noch einmal zu uns zu Besuch kommt.

Dann sollten wir auch die Opole-Straße in Potsdam offiziell einweihen.

Garnisonkirche

Die Bürgerinitiative „Potsdam ohne Garnisonkirche“ hat ein Bürgerbegehren gestartet, das die Auflösung der Stiftung Garnisonkirche zum Ziel hat.

Ich möchte dies gar nicht inhaltlich werten. Man kann zur Garnisonkirche unterschiedlicher Meinung sein. Und natürlich kann jeder durch die Initiierung eines Bürgerbegehrens seine Auffassungen versuchen mehrheitsfähig zu machen.

Im Zusammenhang mit dem Begehren werden aber erneut Behauptungen in den Raum gestellt, die ich an dieser Stelle leider kurz richtig stellen muss, damit die Bürgerinnen und Bürger mit den Argumenten der Bürgerinitiative umgehen können.

Zum einen wird immer wieder unterstellt, es würden städtische Gelder für den Wiederaufbau der Kirche verwendet.

Dies ist falsch. Das gilt im Übrigen auch für die Vergangenheit.

Es wird behauptet, Potsdam hätte der Stiftung das entsprechende Grundstück „geschenkt“ und auf eine lukrative Einnahme verzichtet.

Dabei ist hinlänglich bekannt, dass es von Seiten des Bundes in Form der Treuhandanstalt für die entsprechenden Grundstücke eine so genannte „Garnisonkirchenklausel“ gab, die jeden Erwerber verpflichtete, die zum Wiederaufbau der Garnisonkirche erforderliche Teilfläche auf Verlangen des Landes oder der Landeshauptstadt einer Institution unentgeltlich zur Verfügung zu stellen, die sich zum Wiederaufbau der Kirche verpflichtet.

Ergänzungsflächen, die für den Bau und seine Nebenanlagen notwendig sind, hat die Stiftung übrigens von der Landeshauptstadt ganz normal gekauft. Der Hauptausschuss hat über den Verkauf beschlossen.

Zum anderen wurde hier in der Stadtverordnetenversammlung am 7. Mai 2008 nicht nur der Beitritt zur Stiftung beschlossen.

Ich möchte daran erinnern, dass schon damals eine weitere finanzielle Beteiligung ausgeschlossen wurde. Die Zustimmung zum Wiederaufbau wurde mit einem Konzept einer aktiven Friedens- und Versöhnungsarbeit in Gemeinschaft mit der weltweiten Nagelkreuzbewegung verbunden und das Gedenken an die Opfer des 20. Juli 1944 sollte mit dem Gedenken an den von Potsdam ausgehenden Widerstand gegen die NS-Diktatur verbunden werden.

Alle drei Bedingungen werden durch die Stiftung eingehalten. Inzwischen hat die Stiftung auch Überlegungen angestellt, um die Geschichte der Kirchengemeinde in der DDR aufzuarbeiten.

Damit ist die im zukünftigen Versöhnungszentrum geplante Arbeit hinreichend bestimmt. Interessant ist die Zielrichtung des Bürgerbegehrens. Es geht dem Begehren gar nicht um den Wiederaufbau der Kirche, sondern um die Stiftung, die das Projekt trägt.

Ich darf in diesem Zusammenhang noch einmal darauf hinweisen, dass die Stiftung – auch mit Einverständnis und Beteiligung der Landeshauptstadt – deshalb gegründet wurde, um einen hinreichenden Einfluss auf die Nutzung des Gebäudes und eine Verankerung des Versöhnungsgedankens zu sichern.

Richtig ist, dass die Stiftung eine Baugenehmigung für ihr Vorhaben hat. Deshalb fragen die Initiatoren auch nicht danach, was die Bürgerinnen und Bürger vom Wiederaufbau an sich halten.

Richtig ist auch, dass der Bund einen Zuschuss von 12 Mio. € für den Wiederaufbau zugesagt hat. Jedoch nur dann, wenn die Gesamtfinanzierung steht.

Richtig ist, dass diese Finanzierung nicht steht!

Daher entscheidet allein eins über den Wiederaufbau der Garnisonkirche: Nämlich der Eingang von ausreichend Spendenmitteln. Der Ausgang des Bürgerbegehrens bleibt für uns vorerst abzuwarten.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!“